

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
§ 1 Der wasserrechtliche Hintergrund für die Erhebung von Entwässerungsgebühren.....	5
A. Die Abwasserbeseitigungspflicht.....	5
I. Die Kommunen als Abwasserbeseitigungspflichtige in Nordrhein-Westfalen	6
II. Ausnahmen von der kommunalen Abwasserbeseitigungspflicht	9
III. Die Zuweisung der Abwasserbeseitigungspflicht und das Recht zur Gebührenerhebung	11
IV. Bedeutung, Entstehung und Inhalt der Abwasserbeseitigungspflicht.....	11
B. Kommunale Rechtsetzung als Instrument zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht	13
I. Die Abwasserbeseitigung als Teilbereich kommunaler Selbstverwaltung	14
1. Abwasserbeseitigung als örtliche Angelegenheit	14
2. Eigenverantwortliche Regelung der Abwasserbeseitigung	15
II. Satzungen als einschlägige Form kommunaler Rechtsetzung.....	15
1. Einordnung der Satzungen in die wasserrechtliche Normenhierarchie	16
2. Die verschiedenen Satzungstypen zur Regelung der Abwasserbeseitigung	17
a.) Die Regelungsgegenstände.....	18
b.) Die Rechtsgrundlagen	19
C. Die Entwässerungsgebühr in Abgrenzung zur Abwasserabgabe.....	20
I. Zielsetzung der Abgaben	20
II. Der Kreis der Abgabepflichtigen.....	21
III. Der Rechtsgrund und die Rechtsnatur der Abgaben	21
IV. Die Umlage der Abwasserabgabe als Schnittstelle	22
§ 2 Die Finanzierung der gemeindlichen Abwasserbeseitigung	25
A. Die Finanzhoheit als Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie	25
B. Überblick über die kommunalen Einnahmequellen	28
I. Nicht hoheitliche Einnahmen	28
II. Hoheitliche Einnahmen	28
1. Das gemeindliche Steueraufkommen.....	29
2. Gebühren und Beiträge	30

3. Staatliche Finanzzuweisungen und sonstige hoheitliche Einnahmen.....	31
C. Die Rangfolge der kommunalen Einnahmearten	32
I. Kredite und Steuern bei der Finanzierung der Abwasserbeseitigung...	32
II. Sonstige Einnahmen zur Finanzierung der Abwasserbeseitigung	33
D. Die Fiskalkonkurrenz zwischen Entwässerungsgebühren und Kanalanschlußbeiträgen	34
I. Art. 3 I GG als Grenze gemeindlicher Gestaltungsfreiheit	37
II. Einzelne Aspekte der Finanzierungsentscheidung.....	38
1. Der Aspekt der Wirtschaftlichkeit.....	38
2. Der steuerrechtliche Hintergrund	41
3. Die soziale Gerechtigkeit	42
4. Verwaltungsökonomie und Rechtsklarheit	43
5. Kommunalpolitische Akzeptanz	45
6. Ökologischer Aspekt	45
7. Ergebnis	46
§ 3 Rechtliche Grundlagen der Erhebung kommunaler Entwässerungsgebühren.....	47
A. Das „Ob“ der Abgabenerhebung	47
I. Entwässerungsgebühren als Pflichtgebühren i.S.v. § 6 I 1 KAG NW	47
II. Erhebungszwang für Entwässerungsgebühren gem. § 6 I 2 KAG NW	49
1. Die Ermessensreduzierung auf Null als Lösungsansatz.....	51
a.) Ermessensreduzierung auf Null infolge der Tatbestandsintensität.....	51
b.) Ermessensreduzierung auf Null infolge normativer Überlagerung	52
aa.) § 10 S.1 GO NW als Überlagerungsnorm	53
bb.) Überlagerung durch die Haushaltsgrundsätze des § 75 GO NW	53
cc.) § 76 I GO NW als Überlagerungsnorm	54
dd.) § 76 II GO NW als Überlagerungsnorm	55
2. Ergebnis	56
B. Das „Wie“ der Gebührenerhebung	57
I. Satzungszwang gem. § 2 I 1 KAG NW	57
II. Rechtmäßigkeitsanforderungen an Gebührensatzungen	58
1. Die Satzungsermächtigung nach dem Vorbehalt des Gesetzes.....	58
2. Vorrang des Gesetzes	61
a.) Die formelle Rechtmäßigkeit von Entwässerungsgebührensatzungen.....	61

b.) Die materielle Rechtmäßigkeit von	
Entwässerungsgebührensatzungen.....	62
aa.) Die verfassungsrechtlichen Grenzen.....	62
(1.) Der Gleichbehandlungsgrundsatz.....	62
(2.) Das Rechtsstaatsprinzip.....	64
(a.) Der Bestimmtheitsgrundsatz.....	64
(b.) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	66
(c.) Das Vertrauensschutzprinzip.....	68
(3.) Das Sozialstaatsprinzip.....	68
(a.) Rechtliche Zulässigkeit der sozialen Staffelung	
von Entwässerungsgebühren.....	69
(aa.) Die kompetenzrechtliche Abdeckung des	
sozialen Nebenzwecks.....	70
(bb.) Die Zulässigkeit von Sozialklauseln am	
Beispiel der Kindergartengebühren.....	74
(b.) Ergebnis.....	78
bb.) Die einfachgesetzlichen Vorgaben des KAG NW.....	78
(1.) Der Gebührenschuldner.....	78
(2.) Der Gebührentatbestand.....	79
(3.) Der Gebührenmaßstab.....	80
(4.) Der Gebührensatz.....	82
(5.) Die Fälligkeit der Gebührenschuld.....	82
§ 4 Der Gebührenschuldner.....	85
A. Obligatorisch Nutzungsberechtigte als Gebührenschuldner.....	85
I. Wortlautauslegung.....	86
II. Historische Auslegung.....	87
III. Systematische Auslegung.....	88
IV. Teleologische Auslegung.....	90
V. Auswertung der Auslegung.....	93
B. Die Gebührenpflicht von Hoheitsträgern.....	94
I. Gebührenpflicht gemeindefremder Hoheitsträger.....	94
1. Die materielle Gebührenpflicht gemeindefremder Hoheitsträger.....	95
2. Die Kompetenzfrage.....	97
II. Gebührenpflicht der Gemeinde.....	98
1. Die Entstehung der materiellen Gebührenpflicht im	
Konfusionsfall.....	98
a.) Die Erschließungsbeitragspflicht für gemeindeeigene	
Grundstücke.....	98
b.) Die Übertragung der beitragsrechtlichen Rechtsprechung auf	
das Gebührenrecht.....	99
2. Erlöschen der Gebührenpflicht durch Konfusion.....	101

3. Die Kompetenzfrage	102
§ 5 Der Gebührentatbestand	105
A. Öffentliche Einrichtung	105
I. Der widmungsabhängige Umfang der Abwasserbeseitigungseinrichtung	106
1. Die einheitliche Widmung von zentralen und dezentralen Abwasseranlagen	108
2. Die gebührenrechtlichen Konsequenzen	111
II. Die Organisation der Abwasserbeseitigung	113
1. Regiebetrieb	115
2. Eigenbetrieb	116
3. Interkommunaler Zweckverband	118
4. Die Einschaltung Privater	118
B. Die Inanspruchnahme	120
I. Das Erfordernis einer abwassertechnischen Verbindung	121
1. Der Standpunkt des OVG Münster	121
2. Die Notwendigkeit einer abwassertechnischen Verbindung gem. § 4 II KAG NW	122
3. Die Normierung eines ausdrücklichen Benutzungstatbestandes als Übergangslösung	126
II. Die Inanspruchnahme bei satzungswidrigen Kanaleinleitungen	127
1. Die Vereinbarkeit satzungswidriger Kanaleinleitungen mit § 4 II KAG NW	128
a.) Untergang des öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnisses	129
aa.) Die Entstehung des öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnisses	129
bb.) Das Erlöschen des öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnisses infolge satzungswidriger Einleitungen	131
(1.) Widerruf der Zulassung gem. § 49 II Nr.3 VwVfG NW	132
(2.) Das Benutzungsverhältnis als verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis	134
cc.) Gebührenpflicht trotz Untergangs des öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnisses	135
b.) Der Verstoß gegen Einleitungsverbote als widmungsfremde Inanspruchnahme der öffentlichen Entwässerungseinrichtung	137
aa.) Die Abgrenzung von Widmung und Benutzungsordnung bei öffentlichen Einrichtungen	138

bb.) Der Einfluß der kommunalen Abwasserbeseitigungspflicht auf die Widmung der Entsorgungseinrichtung	140
c.) Weitere Argumente für die Gebührenpflicht satzungswidriger Kanaleinleitungen.....	141
2. Ergebnis	142
§ 6 Die Festlegung des Gebührenmaßstabes	143
A. Die Genauigkeit von Gebührenmaßstäben.....	143
I. Die Realisierbarkeit von Wirklichkeitsmaßstäben bei der Erhebung von Entwässerungsgebühren	144
II. Der Einsatz von Wahrscheinlichkeitsmaßstäben bei Entwässerungsgebühren.....	146
III. Die rechtlichen Anforderungen an die Genauigkeit von Wahrscheinlichkeitsmaßstäben	148
1. Der Wortlaut des § 6 III 2 KAG NW	148
2. Die Entstehungsgeschichte des § 6 III 2 KAG NW	150
3. Systematische Erwägungen zu § 6 III 2 KAG NW	152
4. Teleologische Auslegung von § 6 III 2 KAG NW	153
a.) Materielle Gerechtigkeit und Maßstabsgestaltung	155
b.) Äquivalenzprinzip und Maßstabsgestaltung.....	156
aa.) Die Anwendbarkeit des Äquivalenzprinzips auf Maßstabsfragen	157
bb.) Inhaltliche Aussagekraft des Äquivalenzprinzips zur Genauigkeit von Maßstäben.....	160
c.) Art. 3 I GG und Maßstabsgestaltung	161
aa.) Die Kontrolldichte nach der Willkürformel.....	161
bb.) Die Umsetzung der Willkürformel in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung zu Wahrscheinlichkeitsmaßstäben	163
(1.) Die Bagatellgrenze für abzugsfähige Wassermengen	164
(2.) Die Anwendung des Frischwassermaßstabes auf die Niederschlagswasserbeseitigung	165
cc.) Die Vereinbarkeit der verschärften Rechtsprechung mit Art. 3 I GG unter Berücksichtigung der „neuen Formel“	167
(1.) Anwendbarkeit der „neuen Formel“ auf die Kontrolle von Wahrscheinlichkeitsmaßstäben.....	169
(a.) Der Differenzierungszweck als Kriterium der Rechtslehre	169
(b.) Die Kriterien des BVerfG.....	170

(c.) Zwischenergebnis.....	172
(2.) Die modifizierte Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bei der gleichheitsrechtlichen Prüfung von Wahrscheinlichkeitsmaßstäben	173
(3.) Die Verhältnismäßigkeit von Wahrscheinlichkeitsmaßstäben im einzelnen.....	175
(a.) Die Geeignetheit von Wahrscheinlichkeitsmaßstäben.....	175
(b.) Die Erforderlichkeit von Wahrscheinlichkeitsmaßstäben.....	175
(c.) Die Angemessenheit von Wahrscheinlichkeitsmaßstäben.....	176
(d.) Die Intensität der Verhältnismäßigkeitsprüfung ...	178
5. Ergebnis und abschließende Stellungnahme	180
B. Besondere Maßstabsregelungen	181
I. Starkverschmutzerzuschläge	182
1. Die Zulässigkeit der Erhebung von Starkverschmutzerzuschlägen	182
a.) Mehraufwand infolge erhöhter Reinigungsbemühungen.....	184
b.) Mehraufwand infolge unzureichender Reinigung.....	185
2. Erhebungspflicht für Starkverschmutzerzuschläge.....	186
a.) Die Erhebungspflicht aus der Sicht der Rechtsprechung	187
b.) Ansätze innerhalb der Literatur	188
c.) Bewertung der Ansätze	189
3. Berechnungsmodelle für Starkverschmutzerzuschläge.....	193
II. Die Erhebung von Grund- und Mindestgebühren.....	195
1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Grund- und Mindestgebühren	197
2. Zulässigkeit einer kombinierten Grund-/Mindestgebühr	201
3. Die Erhebungspflicht für Grund- und Mindestgebühren.....	202
4. Taugliche Maßstäbe für Grund- und Mindestgebühren.....	205
§ 7 Die Kalkulation des Gebührensatzes.....	211
A. Zur Verfassungsmäßigkeit von § 6 II 1 KAG NW	211
I. § 6 II 1 KAG NW als dynamische Fremdverweisung.....	212
1. Die Merkmale der Verweisung	212
2. Die Funktion der Verweisung	215
3. Dynamische Fremdverweisungen aus Sicht des Rechtsstaats- und Demokratieprinzips	215
II. Zur Bestimmtheit des § 6 II 1 KAG NW.....	218
1. Inhalt und Funktion des Bestimmtheitsgrundsatzes.....	218

2. Eigengesetzlichkeit des kommunalen Benutzungsgebührenrechts.....	219
3. Kriterien zur Begrenzung des Bestimmtheitsgebots.....	220
a.) Komplexität der Regelungsmaterie.....	220
b.) Dynamik der Regelungsmaterie.....	222
c.) Autonomie.....	222
aa.) Die Konkretisierung der betriebswirtschaftlichen Grundsätze als Teil der kommunalen Finanzhoheit.....	223
bb.) Die kommunale Finanzhoheit als Hindernis für eine präzisere Regelung.....	224
(1.) Unantastbarer Kernbereich der Finanzhoheit.....	224
(a.) Die Konkretisierung betriebswirtschaftlicher Grundsätze als historisch gewachsene kommunale Aufgabe.....	225
(b.) Die Konkretisierung betriebswirtschaftlicher Grundsätze als materiell wichtiger Bestandteil der Finanzhoheit.....	226
(2.) Wahrung der Finanzhoheit außerhalb ihres Kernbereichs.....	227
III. Ergebnis.....	230
B. Die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten....	230
I. Der Kostenbegriff i.S.v. § 6 II 1 KAG NW.....	231
1. Die Abgrenzung von Auszahlungen, Ausgaben, Aufwand und Kosten aus betriebswirtschaftlicher Sicht.....	231
2. Die verschiedenen Kostenbegriffe innerhalb der Betriebswirtschaftslehre.....	232
a.) Der pagatorische Kostenbegriff.....	233
b.) Der wertmäßige Kostenbegriff.....	234
c.) Der investitionstheoretische Kostenbegriff.....	236
3. Der kommunalabgabenrechtliche Kostenbegriff i.S.v. § 6 II 1 KAG NW.....	236
4. Die besondere Bedeutung des Kalkulationsziels im Rahmen des wertmäßigen Kostenbegriffs.....	238
II. Die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung.....	239
1. Die Aufgaben der Kostenrechnung.....	240
2. Die Struktur und die verschiedenen Systeme der Kostenrechnung.....	241
3. Zum Entwicklungsstand der betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung.....	243
a.) Die investitionstheoretisch fundierte Kostenrechnung.....	244
b.) Das Verhältnis von traditioneller und investitionstheoretisch fundierter Kostenrechnung.....	246

III. Die betriebswirtschaftlichen Grundsätze der Kostenrechnung	247
1. Die dogmatische Einordnung des Tatbestandsmerkmals „betriebswirtschaftliche Grundsätze“	247
2. Die Grundsatzdefinition des OVG Münster	248
3. Das Ziel der Gebührenkalkulation und die Grundsatzdefinition des OVG Münster	249
a.) Das abweichende Grundsatzverständnis des VG Gelsenkirchen	250
b.) Die Stellungnahme des OVG Münster	251
c.) Die Bewertung der uneinheitlichen Rechtsprechung	252
aa.) Die falsche Zielbestimmung als Verstoß gegen die Rechtsweggarantie	253
bb.) Die falsche Zielbestimmung als Verstoß gegen juristische Auslegungsprinzipien	254
4. Die inhaltlichen Anforderungen an die „betriebswirtschaftlichen Grundsätze“	255
C. Die Zielsetzung der gemeindlichen Gebührenkalkulation	257
I. Allgemeine Anforderungen an das Ziel öffentlich-rechtlicher Unternehmen aus betriebswirtschaftlicher Sicht	258
II. Die Zielbestimmung des OVG Münster	260
1. Der Wille des Landesgesetzgebers bei der Einführung von § 6 II 1 KAG NW	261
2. Die Qualität der Zielformulierung des OVG Münster unter Berücksichtigung des wertmäßigen Kostenbegriffs	262
III. Die Bestimmung des Unternehmensziels der Abwasserbeseitigungseinrichtung	265
1. Die Sachziele der Abwasserbeseitigungseinrichtung	266
2. Das Formalziel der Betriebserhaltung	266
3. Das Formalziel der eigenwirtschaftlichen Betriebserhaltung	270
a.) Die Einnahmebeschaffungsgrundsätze gem. § 76 II GO NW	270
b.) Die wirtschaftliche Verwaltung der Einrichtung gem. § 107 II 1 Nr. 3, 2 GO NW	272
c.) Das Kostendeckungsgebot gem. § 6 I 3 2. Fall KAG NW	272
4. Das Formalziel der erfolgsneutralen Betriebserhaltung	274
a.) Der Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG	274
b.) Das Prinzip der speziellen Entgeltlichkeit gem. § 4 II KAG NW	277
c.) Der Umkehrschluß zu § 6 I 4 KAG NW	278
d.) Das Kostenüberschreitungsverbot gem. § 6 I 3 1. Fall KAG NW	279

e.) Der Ausgleich von Kostenüber- und Kostenunterdeckungen gem. § 6 II 3 KAG NW	280
f.) Die Eigenkapitalverzinsung gem. § 6 II 4 KAG NW	282
5. Ergebnis	285
IV. Die Umsetzung der gesetzlichen Zielbestimmung bei der Kalkulation von Entwässerungsgebühren	285
1. Überblick über die betriebswirtschaftlichen Erhaltungskonzeptionen	286
a.) Die Kapitalerhaltungskonzeptionen	286
aa.) Die Nominalkapitalerhaltung	286
bb.) Die reale Kapitalerhaltung	287
b.) Die Substanzerhaltungskonzeptionen	288
aa.) Die reproduktive Substanzerhaltung	288
bb.) Die dynamischen Substanzerhaltungskonzeptionen	289
c.) Die Erfolgskapitalerhaltungskonzeption	290
2. Die maßgebliche Gebührengrenze der eigenwirtschaftlichen und erfolgsneutralen Betriebserhaltung	290
a.) Die Beurteilung der Eigenwirtschaftlichkeit und Erfolgsneutralität im Rahmen des haushaltsrechtlichen Gesamtdeckungsprinzips	291
b.) Die Gebührengrenze der eigenwirtschaftlichen und erfolgsneutralen Betriebserhaltung bei absoluter Geld- und Preisstabilität	294
c.) Die eigenwirtschaftliche Betriebserhaltung bei laufender Geldentwertung und steigenden Güterpreisen	296
aa.) Die Behandlung der Finanzierungslücke in der Betriebswirtschaftslehre	296
bb.) Die Behandlung der Finanzierungslücke in der Gebührenkalkulation	298
(1.) Die rechtliche Zulässigkeit der Außenfinanzierung	298
(2.) Die rechtliche Zulässigkeit der Innenfinanzierung	299
(3.) Zwischenergebnis	300
d.) Die erfolgsneutrale Betriebserhaltung bei laufender Geldentwertung und steigenden Güterpreisen	301
e.) Zusammenfassung	303
3. Die Zielkonformität der verschiedenen Betriebserhaltungskonzeptionen	306
a.) Die zulässigen Entwertungsursachen nach dem KAG NW	306
b.) Die Einhaltung der Gebührengrenzen im Falle der Nominalkapitalerhaltung	309
c.) Die Einhaltung der Gebührengrenzen im Falle der realen Kapitalerhaltung	310

d.) Die Einhaltung der Gebührengrenzen im Falle der reproduktiven Substanzerhaltung.....	312
aa.) Die Bewertung der Erfolgsneutralität der reproduktiven Brutto- und Nettosubstanzerhaltung.....	312
bb.) Abweichende Ansichten zur Zielkonformität der reproduktiven Bruttosubstanzerhaltung	316
(1.) Die Irrelevanz der Kapitalstruktur bei der Kostenrechnung.....	316
(2.) Die reproduktive Bruttosubstanzerhaltung als betriebswirtschaftlicher Grundsatz.....	319
(a.) Die Akzeptanz der reproduktiven Brutto- und Nettosubstanzerhaltung im externen Rechnungswesen.....	321
(b.) Die Akzeptanz der reproduktiven Brutto- und Nettosubstanzerhaltung in der Kostenrechnung.....	322
(3.) Die Zulässigkeit der Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital.....	324
(4.) Praktische Umsetzungsschwierigkeiten bei der Nettosubstanzerhaltung.....	325
4. Ergebnis	328
D. Die ansatzfähigen Kosten gem. § 6 II KAG NW	330
I. Kalkulatorische Abschreibungen und ihre Funktion in der Kostenrechnung.....	332
1. Der Umfang der kalkulatorischen Abschreibungen.....	333
a.) Kanalanschlußbeiträge als Abzugskapital.....	333
b.) Zuschüsse Dritter als Abzugskapital.....	337
c.) Das Rückflußkapital als Abzugskapital	339
2. Die Bewertung des abzuschreibenden Anlagevermögens	341
a.) Die in der Betriebswirtschaftslehre vertretenen Wertansätze für kalkulatorische Abschreibungen.....	342
b.) Die Diskussion der Wertansätze im Gebührenrecht	342
c.) Orientierung der Wertansätze an den Betriebserhaltungskonzeptionen	343
aa.) Die Abschreibungsbasis im Falle realer Kapitalerhaltung.....	344
bb.) Die Abschreibungsbasis im Falle reproduktiver Nettosubstanzerhaltung	345
cc.) Ergebnis.....	346
3. Die Behandlung von Zinserträgen aus bereits zurückgefloßenen Abschreibungen.....	346
a.) Die Behandlung der Problematik in der Rechtsprechung und Literatur	347

b.) Die Bewertung der Positionen.....	348
aa.) Der betriebswirtschaftliche Meinungsstand	348
bb.) Die Rechtsprechung des OVG Münster angesichts des betriebswirtschaftlichen Meinungsstandes und der gesetzlichen Zielbestimmung der Gebührenkalkulation	350
4. Zur Zulässigkeit der „Abschreibung unter Null“	354
a.) Der betriebswirtschaftliche Meinungsstand zur Behandlung von Fehlprognosen.....	355
b.) Die „Abschreibung unter Null“ in der Gebührenkalkulation	356
aa.) Die Vereinbarkeit der „Abschreibung unter Null“ mit § 6 II 4 KAG NW	357
(1.) Die mutmaßliche Nutzungsdauer i.S.v. § 6 II 4 KAG NW	357
(2.) Die gleichmäßige Abschreibungsbemessung gem. § 6 II 4 KAG NW	358
bb.) Das Wesen der Abschreibung	360
cc.) Weitere Einwände gegen die „Abschreibung unter Null“	360
c.) Ergebnis.....	361
II. Die kalkulatorischen Zinsen und ihre Funktion in der Kostenrechnung.....	361
1. Der Ansatz kalkulatorischer Eigenkapitalzinsen in der Gebührenkalkulation.....	362
2. Der Umfang des zu verzinsenden Kapitals	366
a.) Das aufgewandte Kapital i.S.v. § 6 II 4 KAG NW	366
aa.) Die verschiedenen Methoden zur Ermittlung des noch gebundenen Anlagekapitals.....	367
bb.) Die Bewertung der Berechnungsmethoden aus gebührenrechtlicher Sicht.....	368
(1.) Die Restbuchwertmethode und die Gebührenkontinuität	369
(2.) Die Durchschnittswertmethode und der Grundsatz der periodengerechten Kostenermittlung	370
(3.) Die Vereinbarkeit beider Methoden mit dem Ziel der Gebührenkalkulation.....	372
b.) Beiträge und Zuschüsse als Abzugskapital bei der kalkulatorischen Verzinsung	373
aa.) Der Sinn und Zweck des zinsfreien Abzugskapitals gem. § 6 II 4 2. HS KAG NW	373
bb.) Die rechnerische Behandlung des Abzugskapitals	376
(1.) Die gebührenrechtliche Bewertung der Abzugs- und Prozentmethode	377

(2.) Die Zinsabschlagsmethode von Brüning als zielkonformer Ansatz.....	380
3. Die Bewertung des aufgewandten Kapitals i.S.v. § 6 II 4 KAG NW	381
a.) Der Einfluß des Wortlauts gem. § 6 II 4 KAG NW auf die Kapitalbewertung.....	381
b.) Die Bewertung des zu verzinsenden Kapitals nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen	382
aa.) 1. Stufe: Die isolierte Bewertung des zinspflichtigen Kapitals	383
bb.) 2. Stufe: Die Gesamtbetrachtung von zinspflichtigem Kapital und kalkulatorischem Zinssatz	384
cc.) 3. Stufe: Die Interdependenz zwischen kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen.....	385
c.) Die Umsetzung der betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse in der Rechtsprechung und Literatur.....	387
aa.) Die isolierte Bewertung des zu verzinsenden Kapitals	388
bb.) Der Zusammenhang zwischen dem zu verzinsenden Kapital und dem kalkulatorischen Zinssatz.....	390
cc.) Die Interdependenz von kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen	393
(1.) Stellungnahmen aus der Literatur	393
(2.) Die Position des VG Gelsenkirchen.....	395
(3.) Die Auffassung des OVG Münster	397
(a.) Die Anerkennung der Interdependenz von Abschreibungen und Zinsen aus betriebswirtschaftlicher Sicht.....	398
(b.) Die Interdependenz und der Wille des Landesgesetzgebers.....	401
(c.) Die betriebswirtschaftliche Vertretbarkeit des Wiederbeschaffungszeitwertmodells.....	403
(d.) Die finanzmathematische Äquivalenz des Anschaffungswert- und Wiederbeschaffungszeitwertmodells.....	405
(aa.) Die Äquivalenz bei homogener Inflations- und Güterpreisentwicklung	405
(bb.) Die Äquivalenz bei inhomogener Inflations- und Güterpreisentwicklung	406
d.) Ergebnis.....	409
4. Der kalkulatorische Zinssatz.....	410
a.) Der kalkulatorische Zinssatz bei gemischter Finanzierung.....	410
b.) Die Angemessenheit des kalkulatorischen Zinssatzes	412

III. Die kalkulatorischen Wagnisse und ihre Funktion in der Kostenrechnung.....	418
1. Kalkulatorische Wagnisse innerhalb der Gebührenkalkulation.....	420
a.) Das Anlagewagnis	422
b.) Das Debitorenwagnis	423
c.) Das Gewährleistungswagnis.....	425
2. Die Operationalisierbarkeit von kalkulatorischen Wagnissen	427
E. Die Rechtsfolgen von Kalkulationsfehlern	429
I. Das Kostendeckungsprinzip als Rechtsgrenze der Gebührenkalkulation.....	430
II. Die Verletzung des Kostendeckungsprinzips.....	432
1. Kompensation fehlerhafter Kostenansätze.....	432
2. Die Toleranzgrenze der Kostenüberschreitung	436
a.) Die 3 %-Grenze des OVG Münster.....	437
b.) Die Auslegung von § 6 I 3 KAG NW als mögliche Rechtfertigung für die 3 %-Grenze	439
III. Die Behandlung von Über- und Unterdeckungen aus Vorperioden...	441
1. Die alte Rechtslage bis zum 31.12.1998.....	441
2. Die Rechtslage seit dem 1.1.1999	444
3. Die haushaltsrechtliche Verbuchung von Über- und Unterdeckungen.....	445
§ 8 Zusammenfassung und Ausblick.....	447
Literaturverzeichnis	459